



Haushalts- und Finanzausschuss

32. Sitzung (öffentlicher Teil)*)

21. Februar 2002

Düsseldorf - Haus des Landtags

11.00 Uhr bis 12.55 Uhr

13.25 Uhr bis 14.35 Uhr

Vorsitz: Volkmar Klein (CDU)

Stenograf: Franz-Josef Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Gesetz zur Neuregelung der Rechtsverhältnisse der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 13/2124

Zuschrift 13/1351

1

Im Rahmen einer ersten, kurzen Beratung beantwortet Vorstandsvorsitzender Jürgen Sengera (WestLB) Fragen aus dem Ausschuss. Es wird vereinbart, die Fragen der Fraktionen an das Finanzministerium zu sammeln und dem Ministerium zuzuleiten, sodass sie schriftlich beantwortet werden können.

*1) Vertraulicher Teil zu TOP 3 s. Vertr. APr 13/9

Dringliche Anfrage

der Fraktion der CDU:

Wie soll die private Finanzierung des Metrorapid nach aktuellem Stand gestaltet werden?

3

Der Ausschuss nimmt zunächst einen Bericht von Minister Peer Steinbrück (FM) entgegen.

3

Anschließend beantworten der Finanzminister und StS Hennerkes (MWMEV) Fragen der Abgeordneten.

5

2 Steuer- und finanzpolitische Rahmenbedingungen für den Haushaltsvollzug 2002 und die Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs 2003

Bericht des Finanzministeriums

10

Minister Peer Steinbrück (FM) berichtet dem Ausschuss.

10

In der anschließenden Diskussion nimmt der Finanzminister zu den Fragen Stellung und sagt eine schriftliche Übersicht über alle Transferausgaben des Landes ab 500.000 Euro zu.

12

3 Sachstandsbericht zur Bürgerschaftsangelegenheit LTU

Bericht des Finanzministeriums

16

Der Ausschuss beschließt einstimmig, in vertraulicher Sitzung zu beraten (s. *Vertr. APr 13/9*).

4 Umsatzsteuerbefreiung für die Deutsche Post AG

Bericht des Finanzministeriums 16

StS Dr. Noack (FM) erstattet Bericht. 16

In der darauf folgenden Diskussion sagt der Finanzminister die Prüfung der Frage zu, inwieweit dem Ausschuss noch weitere Informationen gegeben bzw. Unterlagen zur Verfügung gestellt werden können. 17

5 Gesetz zur Errichtung einer GemeindeprüfungsanstaltGesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/1884 23Nach kurzer Erörterung **verzichtet** der Ausschuss einvernehmlich darauf, ein Votum abzugeben.**6 Gemeinschaftsaufgabe nach Artikel 91a GG****hier: 31. Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur"**

Vorlage 13/1161 23

Der Ausschuss **empfiehlt** dem Landtag nach kurzer Aussprache einstimmig, die Vorlage **zur Kenntnis zu nehmen**, ohne Empfehlungen gegenüber der Landesregierung auszusprechen.

7 Masterabschlüsse von Universitäten und Fachhochschulen gleichstellen!

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/1863

In Verbindung damit:

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2080

24

Nach kurzer Beratung **empfiehlt** der Ausschuss dem federführenden Ausschuss einstimmig bei einer Enthaltung, dem **Antrag** der Fraktion der FDP mit folgender **Ergänzung zuzustimmen**:

"Dabei ist durch bundeseinheitliche Regelungen die Gleichwertigkeit der Abschlüsse sicherzustellen."

8 Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des § 5 Schulfinanzgesetz (VO zu § 5 SchFG) für das Schuljahr 2002/2003

Vorlagen 13/1189 und 13/1276

25

Entsprechend der Empfehlung des Unterausschusses "Personal" **stimmt** der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP der Verordnung **zu**.

9 Tausch von Grundstücken des Landes Nordrhein-Westfalen und der Gemeinde Niederkrüchten

Vorlagen 13/1196 und 13/1253

Entsprechend der Empfehlung des Unterausschusses "Landesbetriebe und Sondervermögen" **empfiehlt** der Ausschuss dem Landtag ohne Diskussion einstimmig, dem Tausch der Grundstücke **zuzustimmen**.

Berichterstatterin: Edith Müller (GRÜNE)

10 Veräußerung unbebauter Grundstücke des Sondervermögens Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW in Dortmund

Vorlagen 13/1203 und 12/1254

Entsprechend der Empfehlung des Unterausschusses "Landesbetriebe und Sondervermögen" **empfiehlt** der Ausschuss ohne Aussprache ebenfalls einstimmig, der Veräußerung **zuzustimmen**.

Berichterstatter: Erwin Siekmann (SPD)

11 Ausschusstermine im Jahr 2002

25

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich,

- den Ausschusstermin 7. November auf den 14. November 2002 zu verschieben und
- die nächste Haushaltsklausur am 26. und 27. September 2002 in Bonn durchzuführen.

12 Verschiedenes

26

Helmut Diegel (CDU) und Wolfgang Dietrich (CDU) tragen Fragen an die Landesregierung vor, die schriftlich beantwortet werden sollen.

Eine weitere Frage von Angela Freimuth (FDP) wird von StS Dr. Noack (FM) beantwortet.

Der Ausschuss spricht sich einvernehmlich dafür aus, an der Anhörung des Ausschusses für Frauenpolitik zum Thema "Gender-Mainstreaming" am 11. März 2002 nachrichtlich beteiligt zu werden.

Aus der Diskussion

Zur Tagesordnung gibt **Vorsitzender Volkmar Klein** den Hinweis, dass die CDU-Fraktion gestern eine Dringliche Frage eingereicht habe. Mit seinem Vorschlag, diese erst im Anschluss an Tagesordnungspunkt 1 aufzurufen, ist der **Ausschuss** einverstanden.

1 **Gesetz zur Neuregelung der Rechtsverhältnisse der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute in Nordrhein-Westfalen**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/2124
Zuschrift 13/1351

Vorsitzender Volkmar Klein bemerkt vorab, der Gesetzentwurf sei am 24. Januar 2002 an den Haushalts- und Finanzausschuss - federführend - sowie den Ausschuss für Kommunalpolitik und den Ausschuss für Städtebau und Wohnungswesen zur Mitberatung überwiesen worden. Mit Rücksicht auf die umfangreiche Tagesordnung schlage er vor, in der heutigen ersten Beratung gegebenenfalls Fragen an den Vorstandsvorsitzenden der WestLB, Herr Sengera, zu richten und die Fragen an das Finanzministerium nach Möglichkeit zu sammeln, sodass sie schriftlich beantwortet werden könnten.

Ernst-Martin Walsken (SPD) führt aus, es handele sich um einen außerordentlich klug austarierten Gesetzentwurf, der viele unterschiedliche Interessen berücksichtige, sodass er eine gute Grundlage für die parlamentarische Beratung biete. Trotzdem seien noch einige Einzelfragen zu klären. Er halte es für sinnvoll, seitens der Fraktionen Fragenkataloge zu erarbeiten, diese zusammenzustellen und dem Finanzminister Gelegenheit zu geben, darauf schriftlich zu antworten. Dann könne eine Bewertung vorgenommen werden, und zum Schluss blieben die Fragen übrig, die noch von politischer Bedeutung seien.

Helmut Diegel (CDU) sieht das ähnlich. Auch die CDU-Fraktion, die dankenswerterweise zum großen Teil an dem Prozess beteiligt gewesen sei, halte den Gesetzentwurf für eine gute Gesprächsgrundlage. Dennoch gebe es noch eine Menge Detailfragen; vor allem gehe es darum, welche Auswirkungen sich für die Sparkassen ergäben. Seine Fraktion werde die Fragen zusammenstellen und bitte, sie innerhalb von etwa zwei Wochen zu beantworten, um dann in weitere Diskussionen einzutreten.

In Bezug auf die Einschätzung des Gesetzentwurfs und das vorgeschlagene Verfahren schließt sich **Rüdiger Sagel (GRÜNE)** den Vorrednern an.

Dr. Ingo Wolf (FDP) tritt dem Verfahrensvorschlag ebenfalls bei und stellt fest, dass seine Fraktion die mit dem Gesetzentwurf eingeschlagene Richtung vom Grundsatz her begrüße. Die Einbeziehung europäischen Rechts habe offenbar zu neuen Erkenntnissen geführt, die sich mit Forderungen deckten, die von der FDP-Fraktion schon früher erhoben worden seien. Allerdings würden sie nicht in Gänze erfüllt. Seine Fraktion wolle nicht nur eine formelle, sondern auch eine materielle Privatisierung, und hoffe, dass am Ende noch mehr Privatisierung herauskomme. Hinsichtlich der Sparkassen sei ein weiterer Kritikpunkt, dass eine Öffnung in Richtung "Bürgersparkasse" von den Koalitionsfraktionen anscheinend nicht gewollt sei. Die FDP-Fraktion werde dieses Ziel nachdrücklich weiterverfolgen.

Minister Peer Steinbrück (FM) ist einverstanden, Fragen schriftlich zu beantworten. Aufgrund der bereits geführten Debatten, auch in anderen Ausschüssen, lägen ihm bereits viele Fragen zur Beantwortung vor. Er sei bereit, seine Erläuterungen dazu Anfang nächster Woche zu übermitteln, damit die Fraktionen des HFA feststellen könnten, was noch fehle, und dann zusätzliche Fragen an ihn adressieren könnten.

Erwin Siekmann (SPD) hält es für wichtig, dass die guten Beziehungen zwischen den Sparkassen und der WestLB auch künftig erhalten blieben. Er wüsste gern, ob der Geschäftsbesorgungsvertrag, der ja wohl Grundlage der Zusammenarbeit sein werde, schon vorliege und dem Ausschuss zugeleitet werden könne.

Vorstandsvorsitzender Jürgen Sengera (WestLB) antwortet, es habe in der Vergangenheit keinen Geschäftsbesorgungsvertrag gegeben. Es sei auch nicht beabsichtigt, einen Geschäftsbesorgungsvertrag abzuschließen, weil nach der Beschlusslage künftig kein anderes Institut für die Sparkassenzentralbankfunktion verantwortlich sein werde. Er gehe davon aus, dass die WestLB, um in der neuen Rechtsform der WestLB AG auch künftig den Wünschen der Sparkassen gerecht werden zu können, die bisherigen Leitsätze für die Sparkassenarbeit anpassen werde. Zurzeit fänden Gespräche zwischen dem für das Sparkassengeschäft zuständigen Vorstandsmitglied, den Geschäftsführern der Verbände und den Landeshauptmännern darüber statt.

Vorsitzender Volkmar Klein stellt fest, dass keine weiteren Fragen vorlägen, dankt Herrn Sengera für die Bereitschaft, dem Ausschuss zur Verfügung zu stehen und hält fest, dass der Haushalts- und Finanzausschuss in der nächsten Woche vom Finanzministerium die bereits erarbeiteten Unterlagen erhalte. Die Fraktionen könnten dann weitere Fragen formulieren, die über das Ausschusssekretariat dem Ministerium zugeleitet und dann schriftlich beantwortet würden.

Zum weiteren Ablauf der Beratung weist er darauf hin, dass der 2. Mai 2002 für ein mögliches Expertengespräch genutzt werden könne und dass der Ausschuss am 13. Juni 2002 abschließend beraten müsse, wenn der Landtag den Gesetzentwurf Ende Juni verabschieden wolle.